

T1-014: Vorschlag zur Tagesordnung

Antragsteller*innen Koi Katha Blaeser, Lena Cornelissen, René
 Adiyaman, Louisa Albrecht

Antragstext

In Zeile 14 einfügen:

TOP 7.5 Wahl Delegierte zum Bundesfinanzausschuss

[TOP 7.6 Wahl der krass-Redaktion \(Bei Ablehnung des S4\)](#)

Begründung

Im Antragsgrün ist der Punkt bereits vorhanden, lediglich im Vorschlag zur Tagesordnung fehlt er. Damit Wahlen bei Ablehnung des S4 auch durchgeführt werden können, ohne einen GO-Antrag bzw. Rückholantrag mit anschließender Abstimmung, stellen zu müssen, soll dieser Punkt hinzugefügt werde.

L1-079: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen Lilli Hampeter, Simone Scholten, Marlene de Vries, Monja Einsiedler, Cedric Fischer, Tobias Grupe, Dario Meysing, Mara Minor, David Pothmann, Georgea Raad, Teodor Sameisky, Ole Schillmüller, Lukas Sokolowski

Antragstext

Von Zeile 78 bis 80 einfügen:

einer Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundes- und Landesebene können die Krisen unserer Zeit endlich wirksam bekämpft werden. Um mehr Gerechtigkeit bei der finanziellen Belastung herzustellen, bedarf es zudem einer Neuauflage der Vermögenssteuer und einer deutlichen Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuersätze. **Dafür braucht es den Druck von der Straße, aber auch den politischen Willen von einer Grünen Partei. Denn**

Begründung

Die aktuelle Krise führt uns wieder vor Augen, dass für viele Menschen der Lebensunterhalt unbezahlbar ist, während der Reichtum einiger weniger immer weiter wächst. In Deutschland besitzen aktuell die Reichsten 10 % der Bevölkerung 60 % des Vermögens. Für die ärmere Hälfte bleiben hingegen nicht einmal 2 %. Das ist ungerecht!

Für mehr Gerechtigkeit benötigen wir eine **Umverteilung**. Dazu brauchen wir die Wiedereinführung einer **Vermögenssteuer**. Auch Erbschaften führen zu einer Konzentration des Vermögens und tragen Ungerechtigkeiten von Generation zu Generation weiter. Die aktuelle Erbschaftssteuer vermag dieses Problem noch nicht zu lösen. Deshalb müssen auch die **Erbschafts- und Schenkungssteuersätze erhöht** werden!

Die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer und die Erhöhungen der Erbschafts- und Schenkungssteuersätze kämen zudem direkt den Ländern zu Gute. Damit hätte NRW endlich dringend benötigte Mittel, um zum Beispiel den Umbau der

Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben und die Investitionen in die Bildung zu erhöhen. Außerdem stärkt eine gerechte Verteilung den sozialen Zusammenhalt, der gerade in Zeiten der aktuellen Krise bedroht ist.

L1-109: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 108 bis 113:

Notruf NRW zeigt, wie viel wir gewinnen können, wenn wir uns entlang gemeinsamer Interessen zusammenschließen und für unser Recht kämpfen.[Leerzeichen]Dabei ist der Streik an den Uni-Kliniken bezeichnend: Denn besonders Care-Berufe sind geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen. Deswegen ist unser Arbeitskampf immer **feministischqueerfeministisch!** Unser gemeinsamer Kampf für die beste Gesundheitsversorgung für alle geht aber weiter. Wir müssen das Fallpauschalensystem und den **Profitzwang**

Begründung

Nur zusammen, solidarisch mit FINTA* sind wir stark. Wir gehören nicht mehr den 2. Wellen-Feminist*innen an, sondern denken Feminismus intersektional. Deswegen ist unser Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nicht nur feministisch sondern queerfeministisch. Denn Frauen und geschlechtliche und gender Minderheiten werden auch heute noch strukturell benachteiligt. Dagegen stehen wir ein.

L1-114: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 113 bis 115 einfügen:

alle geht aber weiter. Wir müssen das Fallpauschalensystem und den **Profitzwang in unseren Krankenhäusern überwinden**, die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformieren, die Gesundheitsversorgung finanziell stärken und **flächendeckend zurück in die öffentliche Hand** holen.

Begründung

Die aktuellen Krisen zeigen deutlich, dass wir unter einem akuten Mangel an Psychotherapieplätzen leiden, die von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden. Was zuvor bereits dramatisch war, wird verstärkt durch die Auswirkungen von Corona, Krieg und Klimakatastrophe, wie Kontaktbeschränkungen und Zukunftsängsten. Wer in Deutschland einen Therapieplatz braucht muss Monate, teils Jahre auf Hilfe warten. Das ist viel zu lang. Wer eine akute psychische Erkrankung wie Depression hat braucht sofort Hilfe.

Diese muss von den gesetzlichen Kassen getragen werden. Denn nicht alle können sich eine*n private*n Psychotherapeut*in leisten. Ausgebildete Psychotherapeut*innen gibt es, doch die Anzahl der Kassenzulassungen in Deutschland ist begrenzt und entspricht nicht dem Bedarf. Das muss geändert werden.

Deswegen fordern wir nicht nur eine Reform der Gesundheitsversorgung, vom Fallpauschalensystem in Krankenhäusern und die Abkehr vom Profitzwang, sondern ebenso eine Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung.

L1-121-2: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 120 bis 122:

wird übersehen, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien erst der Grund für die derzeitige Energiekrise war. Der **Kohleausstieg 2030, der Atomausstieg spätestens am 15. April 2023 und eine konsequenter Gasausstieg bis spätestens 2035** statt neuer, fester fossiler

Begründung

Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und der Energiepolitischen Lage werden immer wieder Stimmen laut, die den Atomausstieg, spätestens am 15. April 2023, aufschieben oder aufheben wollen. Auf der letzten BDK (Bundesdeligiertenkonferenz) der Grünen war Atomausstieg ebenfalls ein Thema. Die Abkehr vom Ausstieg wäre nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern auch ein weiteres Festigen von nicht nachhaltigen Energien, ein weiter so wie bisher. Das ist für uns keine Option. Stattdessen brauchen wir Investitionen in erneuerbare Energien, deren Ausbau und Forschung. Außerdem eine Ermittlung von Einsparpotenzialen und deren Umsetzung.

L1-121: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen Stefan Krischer

Antragstext

Von Zeile 120 bis 122 einfügen:

wird übersehen, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien erst der Grund für die derzeitige Energiekrise war. Der **Kohleausstieg bis spätestens 2030 und eine konsequenter Gasausstieg bis spätestens 2035** statt neuer, fester fossiler

Begründung

Nach Möglichkeit sollen wir auch schon vor 2030 aus der Kohle raus kommen. Mit entsprechend ambitioniertem Ausbau der Erneuerbaren kann das möglich werden.

L1-095: Krisen gemeinsam bekämpfen!

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
26.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 94 bis 96 einfügen:

damit angesichts der aktuellen Lage auch krisenfest zu machen. Als GRÜNE JUGEND in Nordrhein-Westfalen **unterstützen wir die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG und ver.di in den anstehenden Arbeitskämpfen** für hunderttausende Beschäftigte in

Begründung

In der Ursprungsfassung des Leitantrags fehlten einige Updates zu Tarifrunden und Arbeitskämpfen, die noch weiterlaufen, u.a. weil die Arbeitgeber*innen sich aus bis dahin erfolgreich laufenden Verhandlungen zurückgezogen haben. Als GRÜNE JUGEND NRW stehen wir auch in diesen Kämpfen solidarisch mit den Arbeitenden, die in der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) organisiert sind.

S7-046: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

In Zeile 46 löschen:

- ~~m. Antrag auf Debattenunterbrechung und oder Pause~~

Begründung

erfolgt mündlich

S7-071: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

Von Zeile 70 bis 72 löschen:

3. Jedes stimmberechtigte Mitglied ist berechtigt, Änderungsanträge an die Tagesordnung zu stellen. Diese benötigen eine absolute Mehrheit. ~~Hierzu zählen auch Anträge auf mehr oder längere Pausen.~~

S7-082: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

Von Zeile 81 bis 84:

sowie eine Begrenzung der Anzahl der Redebeiträge vorschlagen. Hierbei muss Personen ~~ohne vorherigen Antrag eine Redezeitverlängerung gewährt werden können. Folgende Maßnahmen garantieren, dies vertraulich und niedrighschwellig umzusetzen: formlos,~~ lediglich unter Angabe einer kurzen und ebenfalls formlosen Begründung eine Redezeitverlängerung gewährt werden können. Außerdem ist die Verlesung von eingereichten Redebeiträgen durch das Präsidium oder andere Mitglieder möglich.

S7-085: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
 Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

Von Zeile 85 bis 86 löschen:

~~Das Präsidium fragt jede Person zu Beginn ihres Redebeitrags, ob eine Redezeitverlängerung gebraucht wird.~~

S7-087: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

Von Zeile 87 bis 88 löschen:

~~Wenn Personen ihren Namen einwerfen, dann haben sie zusätzlich die Möglichkeit, darüber eine Redezeitverlängerung in Anspruch zu nehmen.~~

S7-089: Satzungsänderungs-Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Blaeser, Maya Stiller

Antragstext

Von Zeile 89 bis 90 löschen:

~~Außerdem gibt es die Möglichkeit, einen Redebeitrag in Textform einzureichen und diesen von einer anderen Person vorlesen zu lassen.~~

AP1 -047: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 46 bis 48 einfügen:

Mitglieder wollen wir grundlegende Analysen weitergeben und alle befähigen, an Lösungen für die aktuellen Krisen zu arbeiten. Da nicht alle persönlich dabei sein können bieten wir wenn möglich Teile des Sommercamps hybrid an. Denn linke Politik geht uns alle etwas an! Das mehrtägige Sommercamp soll genau das bieten. Dafür wollen wir auf

Begründung

Das Sommercamp ist ein guter Treff- und Einstiegspunkt in die Gründe Jugend beziehungsweise zur Vernetzung. Da die Teilnehmer*innenzahl allerdings begrenzt ist und nicht alle Personen persönlich teilnehmen können ist ein hybrides Angebot eine gute Ergänzung. Einzelne Diskussionen und Vorträge bieten sich zum streamen oder hybriden durchführen an. Alternativ kann es auch ähnlich zum digitalen Rahmenprogramm der Landesmitgliederversammlungen, digitale Angebote beim Sommercamp geben. So zum Beispiel einen oder mehrere digitale Vorträge und oder Diskussionsrunden.

AP1 -214: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 213 bis 215:

deshalb das nötige inhaltliche und methodische Wissen vermittelt, um vor Ort solidarischen ~~Feminismus~~Queerfeminismus zu etablieren. Unsere FINTA*-Vernetzungstreffen und die Workshops zu solidarischer Männlichkeit im Rahmen von LMVen werden wir als

Begründung

Mit FINTA*-Förderprogramm und FINTA*-Förderung vor Ort möchten wir Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender* Menschen fördern und stärken. Mit Wissen und Workshops in den Basisgruppen wollen wir ein solidarischer Verband werden. Ein queerfeministischer Verband.

Wir gehören nicht mehr den 2. Wellen-Feminist*innen an, sondern denken Feminismus intersektional.

AP1 -091: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, Koi
 Katha Blaeser, René Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 90 bis 92 einfügen:

Im Rahmen der Kreisverbandsstrategie (dazu findet ihr unten noch mehr) werden wir verschiedenste Verantwortungsträger*innen und Basismitglieder der Kreisverbände auch gezielt methodisch und strategisch ausbilden. So erhalten sie hilfreiche Tipps für ihre

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:

Geschäftsführung oder Sprecher*in - In ganz NRW befinden sich KV-Vorstände in ähnlichen Situationen und sind stärker gemeinsam als allein!Auch Basismitglieder profitieren von methodischer und strategischer Bildung. Nicht alle trauen sich einfach so zu, für den Vorstand zu kandidieren, wenn sie gar nicht wissen, wie Vorstandsarbeit funktioniert. Deshalb braucht es auch gezielte Bildung für Basismitglieder, damit sie motiviert und fit gemacht werden für zukünftige Vorstandsarbeit.

Begründung

Es ist wichtig und gut, dass es jetzt methodische und strategische Bildung gezielt für Verantwortungsträger*innen gibt. Vorstandsmitglieder und Personen in Verantwortung können diese Bildung gut gebrauchen. Dadurch werden unsere Basisgruppen gestärkt.

Allerdings gibt es auch Basisgruppen, wo es schon eine Herausforderung ist, überhaupt einen Vorstand zu bilden. Entweder weil es insgesamt sehr wenig Aktive gibt und diese schon oft in verschiedensten Funktionen Verantwortung übernehmen. Oder weil es zwar Aktive gibt, sie sich aber unsicher sind, ob Vorstandsarbeit wirklich was für sie ist.

Wir müssen auch unsere Mitglieder befähigen, überhaupt erst Verantwortung zu übernehmen. Unsere Mitglieder ermutigen und motivieren. Deshalb sollte es nicht

nur Methoden-Schulungen für Menschen in Verantwortung geben, sondern für alle interessierten Mitglieder. Manche können sich vielleicht auch vorstellen, einzelne Aufgaben zu übernehmen, wo ihnen Schulung helfen könnte, sie wollen aber vielleicht nicht in den Vorstand.

Dieser Änderungsantrag folgt dem Motto: die Basismitglieder von heute, sind die Vorstandsmitglieder von morgen. Wobei natürlich nicht alle in den Vorstand wollen oder müssen. Jede Arbeit, jedes Engagement ist wichtig. Übrigens ist im Arbeitsprogramm auf Bundesebene methodische Bildung, auch für Basismitglieder ebenfalls geplant.

die vielleicht über Die Grünen oder auf anderen Wegen den Erstkontakt hatten, ihre GJ-Basisgruppe finden können. Deshalb sollte hier der Landesverband auch bei Bedarf weiterhelfen und den Kontakt herstellen.

Oft ist es als Neumitglied oder interessierte Person schwierig herauszufinden, wer für welche Fragen zuständig ist. Deshalb sollte es im Landesverband mindestens eine Person geben, die hier Neumitgliedern unkompliziert weiterhilft. Auch Basisgruppen wissen manchmal vielleicht nicht, wie sie ihre Neumitglieder ansprechen oder in die Arbeit/den Alltag einbinden können, wie Neuen- und Interessiertentreffen gut zu gestalten sind. Auch für solche Fälle soll diese Person ansprechbar sein. Die Person kann aus dem Landesvorstand sein, muss sie aber nicht.

Ziel dieses Antrags ist es, Neumitgliedern einen einfachen Einstieg durch eine zentrale Anlaufstelle zu ermöglichen. Außerdem soll als Hindernis für Neumitglieder die Atmosphäre als entscheidend verstanden werden, nicht Abkürzungen und Begrifflichkeiten.

AP1 -150: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, René
Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 149 bis 150 einfügen:

Sprecher*innen, Politischen Geschäftsführer*innen und Schatzmeister*innen wollen wir regelmäßige ämterbezogene Austauschformate online anbieten. [Gezielte Unterstützung von Ortsverbänden werden wir ebenfalls prüfen.](#)

Begründung

Die Kreisverbandsreform ist wichtig und richtig. Dennoch sollten wir unsere Ortsverbände nicht vergessen. Oft ist es einfacher sich bei einer Gruppe im Ort zu engagieren als bei einer Gruppe auf Kreisebene. Gerade im ländlichem Raum, wo Kreise vielleicht sehr weite und zum Teil strukturell unterschiedliche Gebiete abdecken. Es ist verständlich sich auf die Kreisverbände und ihre Unterstützung zu konzentrieren, da sie übergeordnet sind. Aber die Kreisverbände können heute oft noch nicht alle ihre Ortsverbände unterstützen.

Deshalb müssen wir als Landesverband auch Konzepte zur Unterstützung von Ortsverbänden finden. Denn das Ziel muss sein, dass wir langfristig überall als Grüne Jugend auf Orts- und Kreisebene vertreten sind. Dass es überall Ortsverbände und Kreisverbände gibt. Deshalb ist es wichtig bestehende Ortsverbände ebenfalls zu stärken.

Im Worst Case würden sonst jetzt Ortsverbände "aussterben", da die Kapazitäten auf die Kreisverbände konzentriert werden. Später wieder Ortsverbände aufzubauen ist viel mehr Arbeit, als sie jetzt gezielt zu unterstützen.

Wir brauchen sowohl starke Kreisverbände als auch starke Ortsverbände. Deshalb auch passgenaue Unterstützung für Ortsverbände.

AP1 -222: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi-
Katharina Bläser

Antragstext

Von Zeile 221 bis 222 einfügen:

mit Behinderung und chronischen Erkrankungen nach den LMVen behalten wir als hilfreiches Angebot bei. Zu den weiter durchzuführenden Vernetzungstreffen werden wir in enger Abstimmung mit der Vernetzungsgruppe und ggf. dem AK für Inklusion und gegen Ableismus abstimmen, wie ein maßgeschneidertes Bildungsprogramm aussehen kann. Unabhängig von der Gründung dieses Arbeitskreises wird ein Bildungsprogramm erarbeitet, dass Seminare, Workshops und Dokumentation dieser beinhaltet.

AP1 -222-2: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Lena Cornelissen, René Adiyaman, Koi
Katharina Bläser, Maya Stiller, Louisa
Albrecht, Jannis Bonn, Henry Soltau, Elena
Balke

Antragstext

Von Zeile 221 bis 222 einfügen:

mit Behinderung und chronischen Erkrankungen nach den LMVen behalten wir als hilfreiches Angebot bei.

Zur konsequenten Umsetzung von barrierefreier Teilhabe im Verband gehört aber so viel mehr als das:

Daher werden wir in enger Abstimmung mit der Vernetzungsgruppe und einem zu gründenden Arbeitskreis für Inklusion und gegen Ableismus evaluieren, welche Beschlusslage es Barrierefreiheit im Verband betreffend gibt, wie diese umgesetzt wird, bis wann die einzelnen Maßnahmen umgesetzt sind, welche weiteren Maßnahmen es braucht, und wie sich diese gegebenenfalls durch Aquse von Finanzmitteln, Stellen von Förderanträgen o.ä. umsetzen lassen.

Hierüber werden wir jährlich auf der Herbst-Landesmitgliederversammlung berichten. Den Bericht werden wir allen Mitgliedern frei zugänglich zur Verfügung stellen.

Erklärung:

Barrierefreiheit im Sinne dieses Antrags meint die Steigerung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, und/oder chronischer Erkrankung und/oder psayhischer Erkrankung und/oder tauben Personen und/oder neurodivergenten Personen.

Begründung

S. V8

AP1 -172: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, René
Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 171 bis 176:

sind die Herausforderungen, vor denen **ländliche Kreisverbände** stehen, **strukturell bedingt oft** nochmal größer. Insbesondere in ländlichen Gegenden mit schlecht ausgebautem ÖPNV ist es schwierig, sich regelmäßig in Präsenz zu treffen. Zum Teil sind diese Basisgruppen auch sehr groß und überstrecken sich über ein sehr großes Gebiet mit teils ganz **andere** unterschiedlichen regionalen Besonderheiten und Problemen, was gemeinsame Politik genauso erschwert. **Während** Zudem ziehen viele junge Menschen zum Studieren, für eine Ausbildung, einen Freiwilligendienst oder Ähnliches in größere Städte mit mehr Freizeit- und Bildungsangebot. Deshalb herrschen in ländlichen Basisgruppen viel höhere Schwankungen. Das heißt: jedes Jahr viele neue Mitglieder und wechselnde Menschen im Vorstand. Dies erschwert überregionale Vernetzung sowie langjährige Kontakte mit Bündnispartner*innen. Deshalb ist es in ländlichen Gegenden oft ein Erfolg ist, überhaupt ein regelmäßiges Aktiventreffen stattfinden zu lassen, **und einen quotierten Vorstand zu bilden, der sich regelmäßig trifft. Währenddessen** organisieren Großstädte mehrtägige Bildungsveranstaltungen. Um kleinere Kreisverbände gezielt zu vernetzen und zu stärken, wollen wir für sie im nächsten Jahr zwei zusätzliche Vernetzungstreffen anbieten. **Außerdem haben wir eine Potenzial- und Problem-Evaluation von Basisgruppen im ländlichem Raum mit dem Thema, wie sie unterstützt werden können, durchgeführt. Auf dieser Basis entwickeln wir eine Strategie, wie diese Basisgruppen gezielt unterstützt und gestärkt werden können. Insbesondere das Gewinnen und Halten von neuen Mitgliedern sowie das Bilden eines quotierten Vorstandes wollen wir unterstützen, beispielsweise durch gezielte Schulungsangebote für Mitglieder in ländlichen Basisgruppen. Zudem ist ein Wissensaustausch mit stärkeren Basisgruppen sinnvoll. Wir werden zudem mindestens eine Person benennen, die insbesondere für die Belange von ländlichen und kleineren Basisgruppen ansprechbar ist und hier gezielt Unterstützung vermittelt.**

Begründung

Ich (Anastasia) als Mitglied einer ländlichen Basisgruppe würde widersprechen, dass ländliche Basisgruppen vor grundsätzlich anderen Problemen als städtische Basisgruppen stehen. Im Grunde sind es die gleichen Herausforderungen, nämlich die Frage, wie wir Mitglieder und vor allem Aktive gewinnen und halten, wie wir die Öffentlichkeit ansprechen, wie wir Aktionen planen und eine Regelmäßigkeit schaffen.

In ländlichen Basisgruppen ist die Ausgangslage oft schlechter, manche Herausforderungen vielleicht auch etwas anders. Das liegt zum einen daran, dass der ÖPNV schlecht ausgebaut ist und regelmäßige Treffen mit allen in Präsenz deshalb schwierig sind. Das liegt auch daran, dass viele Mitglieder nach dem Schulabschluss in größere Städte ziehen, wo einfach mehr ist als auf dem Land. Zum Teil ist auf dem Land auch mehr CDU oder mehr rechtsradikale, rechtsextreme Parteien. Dies ist aber nicht immer so.

Es ist super, dass ländliche Kreisverbände hier in den Blick genommen werden. Es ist gut, dass es hier bald Vernetzung gibt. Das reicht aber nicht. Vor allem braucht es nämlich mehr Wissensaustausch mit Basisgruppen, wo es gut läuft. Weil viele Probleme eben ähnlich sind, hilft auch ein Austausch mit städtischen Basisgruppen. Nach dem Beschluss der letzten Herbst-Landesmitgliederversammlung wurde mit ländlichen Basisgruppen gesprochen und wurden erste Handlungsschritte zur Unterstützung erarbeitet. <https://gj-nrw.de/blog/2021/09/29/pruefung-von-unterstuetzungsmoeglichkeiten-fuer-kleine-basisgruppen/>

Diese Handlungsschritte, diese Umfrage sollte jetzt auch konkret genutzt werden. Daraus sollte in nächster Zeit eine Strategie, ein Konzept erarbeitet werden. Sodass wir auf lange Sicht Möglichkeiten haben, um Grüne Jugend-Gruppen auf dem Land zu stärken.

In ländlichen Basisgruppen wie wahrscheinlich auch in anderen Basisgruppen tauchen im politischen Alltag verschiedene Fragen auf, die sich mit Sicherheit auch schon andere vorher gestellt haben. Deshalb wäre es gut, mindestens eine Person zu haben, die hier konkret ansprechbar ist. Die Person kann, muss aber nicht aus dem Landesvorstand sein. Langfristig wäre auch ein Handbuch speziell für ländliche Basisgruppen denkbar. Auch hier macht es Sinn, dass eine Person weiß, welche Fragen sich die verschiedenen ländlichen Basisgruppen stellen. Durch die Benennung einer Ansprechperson wird hier kontinuierlich Expertise aufgebaut, ein Austausch mit ländlichen Basisgruppen wird aufrechterhalten.

AP1 -207: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, Koi
Katha Blaeser, René Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 207 bis 209:

Nach einem erfolgreichen FINTA*-Förderprogramm auf Landesebene wollen wir ~~uns~~ im eine Weiterführung und Weiterentwicklung dieses Programms prüfen. Wünschenswert wäre eine Durchführung dieses Programms alle zwei Jahre, um insbesondere Neumitgliedern hier ein Förderungs- und Unterstützungsangebot zu bieten. Im nächsten Jahr wollen wir uns auf die FINTA*-Förderung vor Ort konzentrieren. Die Kreisverbände sind der Ort im Verband, an dem Menschen als erstes ankommen, an dem sie

Von Zeile 215 bis 216 einfügen:

Workshops zu solidarischer Männlichkeit im Rahmen von LMVen werden wir als zusätzliches Angebot beibehalten. Eine dauerhafte Vernetzung von FINTA*-Personen, auch außerhalb von Landesmitgliederversammlungen, werden wir zusätzlich prüfen. Auf einem FINTA*-Forum werden wir dies näher besprechen und diskutieren sowie nach Möglichkeit in Beschlüsse überführen.

Begründung

Wenn das aktuelle Förderprogramm erfolgreich war, macht doch eine Weiterführung auch Sinn. Zumindest sollte dies geprüft werden. Da die Finanzen begrenzt sind, wird hier im Antrag ein Förderprogramm alle 2 Jahre vorgeschlagen.

FINTA*-Vernetzung sollte dauerhaft sein. Es ist gut, dass es Vortreffen zu Landesmitgliederversammlungen gibt. Allerdings kann das nicht ausreichend sein. Es sollte eine ständige Vernetzung geben.

Es macht Sinn, dies mit den Personen, die es betrifft, direkt zu besprechen, deshalb ein FINTA*-Forum zu dem Thema.

Anzumerken wäre hier auch, dass es einen Beschluss gibt, wonach die

FINTA*-Förderung ausgebaut werden soll: <https://gj-nrw.de/blog/2021/09/29/verband-sarbeit-ist-fuer-alle-da-wege-hin-zu-einer-offenen-gj-nrw/> Konkret wird in diesem Beschluss mehr Safer Spaces gefordert sowie spezifische Bildungsangebote.

AP1 -222-4: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, Koi
Katha Blaeser, René Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 221 bis 222 einfügen:

mit Behinderung und chronischen Erkrankungen nach den LMVen behalten wir als hilfreiches Angebot bei.

Den Antrag "Verbandsarbeit ist für alle da! Wege hin zu einer offenen GJ NRW", der auf der LMV im November 2021 beschlossen wurde, werden wir nach und nach umsetzen. Dieser Antrag enthält nicht nur Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen oder chronisch oder psychisch erkrankten sowie neurodivergenten Personen, sondern auch Maßnahmen für alle Menschen, die von verschiedenster Diskriminierung betroffen sind. Nicht alle Maßnahmen können sofort umgesetzt werden. Deshalb wird es einmal im Jahr auf einer Landesmitgliederversammlung den Tagesordnungspunkt (TOP) "Anti-Diskriminierung" geben, wo der Stand zur Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen besprochen wird. Zudem wird dieser TOP der Diskussion dienen, wo insbesondere Betroffene weitere Maßnahmen zur Diskussion stellen können. Eine Person im Landesvorstand, die auch über das Jahr für dieses Themenfeld ansprechbar ist, werden wir benennen. Insbesondere dem Finden von Personen, die Texte in Leichte Sprache übersetzen können sowie dem Übersetzen in Leichte Sprache werden wir nächstes Jahr Raum geben. Zudem werden wir einen Awareness-Pool einrichten, wie im Antrag "Awareness", der auf der LMV im Frühjahr 2022 beschlossen wurde, beschrieben.

Begründung

Hier die Links zu den angesprochenen Anträgen: <https://gj-nrw.de/blog/2021/09/29/v/erbandsarbeit-ist-fuer-alle-da-wege-hin-zu-einer-offenen-gj-nrw/>
<https://gj-nrw.de/blog/2022/04/03/awareness/>

Barrierefreiheit und Inklusion haben wir als Verband ganz praktisch in unserer Arbeit als Ziel. Wie wir das aber konkret umsetzen können, hat auf den vergangenen

Landesmitgliederversammlungen für viel Gesprächsstoff gesorgt. Zudem ist Anti-Diskriminierung auf allen Ebenen (zurecht) ein Dauer-Thema in unserem Verband. Deshalb erscheint es sinnvoll, hier einmal im Jahr auf einer Landesmitgliederversammlung diesen Diskussionen, welche Maßnahmen wie wann konkret umgesetzt werden, Raum zu geben. Hier kann auch die erfolgte oder geplante Umsetzung besprochen werden.

Da Barrierefreiheit sowie Anti-Diskriminierung ein sehr wichtiges Thema ist und unsere Basisgruppen auch gerne hier mitumsetzen möchten, erscheint es sinnvoll eine Person des Landesvorstands zu benennen, die Hilfe vermitteln kann bzw. Fragen beantworten und generell dem Thema die Aufmerksamkeit gibt, die es verdient. Da es hier auch um Planungen von Maßnahmen geht, sollte diese Person aus unseren Leitungsgremium, dem Landesvorstand, sein.

Ansonsten werden in diesem Antrag nur bestehende Beschluslagen oder Planungen aufgeriffen. Beispielsweise der Awareness-Pool ist schon konkret in der Umsetzung. Übersetzer*innen für Einfache Sprache (im Antrag ist die Rede von Leichter Sprache) wurden in der vergangenen Monatsmail schon gesucht. Das ist also alles nichts Neues.

AP1 -222-5: Es kommt auf uns alle an! - Arbeitsprogramm 2023

Antragsteller*innen Anastasia Hansen, Lena Cornelissen, Koi
 Katha Blaeser, René Adiyaman

Antragstext

Von Zeile 221 bis 222 einfügen:

mit Behinderung und chronischen Erkrankungen nach den LMVen behalten wir als hilfreiches Angebot bei.

Die Einbindung von jüngeren Menschen, insbesondere Menschen unter 18 Jahren, ist ein weiterer Baustein der Verbandsöffnung. Als ersten Schritt werden wir hier Vortreffen zu Landesmitgliederversammlungen für Menschen unter 18 Jahren etablieren. Bei diesen Vortreffen sollen auch weitere, gewünschte Unterstützungsmaßnahmen diskutiert werden. Hierbei verstehen wir auch Menschen unter 18 Jahren als mündige Mitglieder, sehen hier aber auch teils eigene Bedürfnisse. Unser Ziel ist es in den verschiedenen Gremien und unseren Vorständen unsere jüngeren Mitglieder vertreten zu sehen. Desweiteren werden wir Menschen, die nicht studieren, z.B. Auszubildene stärker vernetzen und unterstützen. Durch Vortreffen bei Landesmitgliederversammlungen und im Austausch mit diesen Menschen werden wir hier eine Strategie entwickeln, damit der Verband weniger akademisch wird.

Begründung

Die Vernetzung von Menschen unter 18 Jahren wurde auf Bundesebene schon erfolgreich erprobt. Diese Vernetzung sollten wir auch auf Landesebene etablieren. Ziel muss auch sein, dass in Vorständen nicht nur Personen über 20 wie es heute oft ist, vertreten sind, sondern auch Menschen unter 18.

Das Problem, dass viele unserer Mitglieder studiert haben, studieren wollen oder gerade studieren (also oft einen akademischen Hintergrund haben), haben wir als Verband erkannt. Durch eine andere thematische Setzung, also mehr auch soziale Krisen zu benennen und hier Verbesserungen zu fordern, sind wir schon dabei mehr nicht-akademische Menschen anzusprechen. Hier brauchen wir aber auch eine Vernetzung von Menschen im Verband, die nicht studieren. Langfristig braucht es

hier eine Strategie.

V1-030: Sicherheit für alle

Antragsteller*innen Grüne Jugend Dortmund (dort beschlossen
am: 19.10.2022)

Antragstext

Von Zeile 29 bis 32 einfügen:

allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation führt. Außerdem ist die Gefahr der Todesfolge bei einer Taser-Nutzung an Menschen mit Herzerkrankung hoch. Daher fordern wir:

- Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen keine Probleme, sie schaffen welche!

- Sofortiges Ende des Pilotprojekts zum Tasereinsatz, bevor es zu weiteren Einsätzen mit Todesfolge kommt, denn Taser sind unzuverlässig und potentiell tödlich.

Begründung

Am Morgen des 19.10.2022 ist nach einem Polizeieinsatz in Dortmund erneut ein Mann gestorben. Beim Einsatz wurde ein Distanz-Elektro-Impulsgerät, bekannt als Taser, verwendet. Der Mann musste reanimiert werden.

Als die Taser bei der Polizei in Dortmund eingeführt wurden, war klar, dass Beamt*innen nun mit einer potentiell tödlichen Waffe ausgestattet sind, für deren Nutzung die Hürden deutlich geringer sind als bei einer Schusswaffe. Die Polizei mit Tasern auszustatten, ist eine politische Fehlentscheidung, die sofort von der Landesregierung zurückgenommen werden muss.

Der Fall in Dortmund zeigt, dass Taser in Situationen genutzt werden, in denen die Polizei keine potentiell tödlichen Schüsse abfeuern würde, aber den vermeintlich harmloseren Taser einsetzt. Doch der Fehler ist politisch: Durch die Blindheit der CDU vor der potentiell tödlichen Wirkung wurde Polizeibeamt*innen der Taser als legitimes Mittel zur Verfügung gestellt, was die gefährliche Wirkung bei Menschen mit Herzerkrankungen außer Acht lässt. Polizist*innen werden so in die Situation gebracht, auf einmal des Totschlags bezichtigt werden zu können, wenn ihnen der Gesundheitszustand eines Menschen nicht bewusst war.

Bei dem Einsatz mit den tödlichen Schüssen auf Mouhamed in der Dortmunder Nordstadt im August sorgte der Taser-Einsatz für eine Eskalation der Situation mit Todesfolge, weil er wirkungslos war. Im Gegensatz dazu kann er bei Menschen mit Herzerkrankung tödlich enden. Diese unzuverlässige und vor allem potentiell tödliche Waffe darf daher nicht weiter von der Polizei verwendet werden. Das Pilotprojekt muss sofort beendet werden und in die Evaluationsphase gehen, bevor es zu weiteren Todesfällen kommt!

(Diese Begründung ist ein Auszug aus unserer Pressemitteilung zu dem Thema)

V1-062: Sicherheit für alle

Antragsteller*innen AK Öko (dort beschlossen am: 25.10.2022)

Antragstext

Nach Zeile 62 einfügen:

- Studien zu Rassismus und anderen Diskriminierungsformen innerhalb der Polizei, die von unabhängigen Stellen durchgeführt werden. Es braucht eine konsequente Erfassung und Auswertung mit besonderem Augenmerk auf Intersektionalismus, damit Diskriminierung entgegengewirkt werden kann.

Begründung

Sicherheit für alle bedeutet, dass innerhalb der Polizei gegen Rassismus und andere Diskriminierungsformen vorgegangen werden muss. Für viele gehen bei Polizei die Alarmglocken an /rw. Rassismus, Antisemitismus, LGBTQIANP+ Feindlichkeit, Ableismus und Frauenfeindlichkeit sind einige der Diskriminierungen, die mensch im Kontakt mit der Polizei begegnen können. Damit die Begegnung mit der Polizei sicher für alle ist brauchen wir Studien, denn nur mit Wissen um den Stand der Dinge /rw können wir wirksam und nachhaltig Veränderungen erzielen.

Wir kennzeichnen hier Redewendungen mit /rw.

V2-006: Lützerath bleibt - wir kämpfen für 1,5 Grad!

Antragsteller*innen Stefan Krischer

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

unter anderem auch vor, das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler II räumen zu lassen und die Kohle unter dem Dorf zu verfeuern. Letzteres ist insbesondere notwendig aufgrund einer ebenfalls vereinbarten Verlängerung des Betriebs mehrerer Kraftwerksblöcke, welche schon abgeschaltet waren oder Ende des Jahres abgeschaltet werden sollten.

Von Zeile 10 bis 26:

Voraussetzung, um unsere Klimaziele einhalten zu können. **Wir kämpfen weiter dafür, dass ein frühest möglicher, rechtsverbindlicher Kohleausstieg bis spätestens 2030 in ganz Deutschland gilt.**

~~Die Entscheidung Lützerath abzubaggern, Trotzdem~~ ist die Vereinbarung klimapolitisch fatal, energiewirtschaftlich fragwürdig und zerstört den sozialen Frieden in der Region. Dies wird besonders deutlich darin, dass Lützerath abgebaggert werden soll. Das Dorf ist in den letzten Jahren zu einem Begegnungsort für viele geworden, an dem mittlerweile auch wieder Menschen leben.

Aufgrund der Verlängerung der Kraftwerksblöcke werden kurzfristig größere Kohlemengen als bisher geplant verbrannt. Bis 2030 sollen so insgesamt noch 290 Millionen Tonnen Kohle in NRW abgebaggert werden, was umgerechnet rund 290 Millionen Tonnen CO₂ entspricht. Dadurch würden wir das für den Kohlektor errechnete CO₂-Budget zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze um ein Vielfaches übersteigen und über die hohe Gesamtfördermenge unsere Klimaziele gemäß des Pariser Abkommens verfehlen. Inmitten der weltweit wütenden Klimakrise weiterhin auf Stromerzeugung durch Braunkohle zu setzen ist klima- und energiepolitisch falsch. ~~Warum die Gutachten~~ Die Gutachten, welche der Vereinbarung zugrunde liegen, sind eine Farce. Statt die klimapolitischen Folgen zu berücksichtigen, wurde die Verlängerung der Entscheidung nicht mitbedacht und maßgeblich Zahlen ~~Kraftwerke ungeprüft hingenommen. Statt~~

eigenständige Untersuchungen vorzunehmen, wurden ungeprüft Daten von RWE verwendet ~~haben, erschließt sich uns nicht. Für uns~~ Statt ein ernsthaftes Szenario zum Erhalt von Lützerath zu entwickeln, wurde ausschließlich ein von RWE entwickeltes Szenario der Halbinsellage von Lützerath betrachtet, welches dem gesunden Menschenverstand widerspricht.

Zur Entschärfung der Energiekrise braucht es einen ambitionierten, kurzfristigen Ausbau der Erneuerbaren sowie die Hebung weiterer Einsparpotentiale bei den Reichsten und der Industrie - im Zweifelsfall mit finanziellen Ausgleichsmaßnahmen für Arbeiter*innen - keine Verlängerung von Kohlekraftwerken. Außerdem muss jede Tonne CO₂, welche in der Energiekrise mehr ausgestoßen wird, durch noch ambitionierteren Klimaschutz in den nächsten Jahren wieder eingespart werden. Damit ist für uns klar: **Wenn wir ~~das~~ die 1,5 Grad ZielGrenze einhalten wollen, muss die Kohle unter der Erde und Lützerath erhalten bleiben.**

Begründung

Die Vernichtung Lützeraths ist nicht der einzige problematische Teil der Vereinbarung, vielmehr ist sie Symptom des Rests der Vereinbarung, in welchem die Verfeuerung von zusätzlicher Kohle in den nächsten zwei Jahren vereinbart wurde. Dies führt zu höheren CO₂-Emissionen und dazu, dass Lützerath abgebaggert werden muss, da dort die einzige entsprechend kurzfristig mobilisierbare Kohle liegt. Das sollte in diesem Antrag explizit so benannt werden.

Die Formulierung "erschließt sich uns nicht" reichlich freundlich für die Gutachten. Ihre gesamte Grundlage ist aus denen im Antrag genannten Gründen absurd. 1,5°C Klimaerwärmung sind eine absolute Obergrenze und kein "Ziel", deshalb dazu eine Anpassung in der Formulierung.

Jede Tonne Kohle, die verfeuert wird, ist eigentlich eine Tonne zu viel. Daher sollten wir über die Grüne Forderung eines Kohleausstiegs 2030 hinaus gehen versuchen ihn möglichst schnell zu erreichen.

V5-001: Rückzugsräume

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
25.10.2022)

Antragstext

Damit alle Mitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW an den Mitgliederversammlungen teilnehmen können gehen wir auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer*innen ein und erfüllen diese bestmöglich. Diese Bedürfnisse können Teilnehmer*innen formlos über ein Textfeld in der Anmeldung mitteilen. Aber auch nach der Anmeldung gibt es die Option, sich mit allen Anliegen an das Büro zu wenden. Über diese Möglichkeit wird in der Anmeldung ausreichend informiert.

Menschen, die auf Großveranstaltungen einen **Rückzugsort** brauchen, können in Einzel- oder, falls gewünscht, in Doppelzimmern untergebracht werden und diese während der Veranstaltung als Rückzugsort nutzen.

Für Menschen, die den **Teilnahmebeitrag** nicht stemmen können, ist es möglich, sich von diesem formlos und ohne weitere Begründung befreien zu lassen.

Wer ein **barrierefreies Zimmer** benötigt, kann dies ebenfalls bei der Anmeldung angeben und bekommt folglich ein solches zugeteilt. Während der Mitgliederversammlung ist es zudem immer möglich, **den Awareness-Raum als Rückzugsort** aufzusuchen.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen gehen wir individuell auf die Bedürfnisse unserer Teilnehmer*innen ein und ermöglichen Verbandsarbeit für alle.

Begründung

erfolgt mündlich

**V6-001: Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht - wir brauchen
Schriftdolmetschung!**

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
25.10.2022)

Antragstext

Damit alle Mitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW an der Verbandsarbeit teilnehmen können, stellt der Landesverband bei Landesmitgliederversammlungen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Schriftdolmetschung.

Voraussetzung hierfür ist, dass der Bedarf im Vorhinein angemeldet wird und ehrenamtliche Kapazitäten aus der Mitgliedschaft zur Verfügung stehen.

Die schriftliche Wiedergabe der Wortbeiträge kann dann in einem für alle zugänglichen Online-Dokument erfolgen.

Begründung

erfolgt mündlich

V7-001: Anti-Diskriminierung und Arbeitsbedingungen in der Awareness-Arbeit

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
25.10.2022)

Antragstext

Awarenessarbeit in der GRÜNEN JUGEND NRW

Mit dem auf der letzten Landesmitgliederversammlung beschlossenen Antrag zur Einführung eines Awarenesspools haben wir als GRÜNE JUGEND NRW endlich eine feste Struktur für die Awarenessarbeit beschlossen!

Seitdem ist viel passiert: Nach einer breit gestreuten, transparenten Ausschreibung hat sich ein großer, vielfältiger Awareness-Pool bereits zusammengefunden und ist das erste Mal auf dieser Landesmitgliederversammlung im Einsatz.

Als immer weiter wachsender Verband, mit immer mehr jungen aktiven Mitgliedern stehen wir vor großen Herausforderungen. Denn in einem Jugendverband, wo wir gemeinsam für ein besseres Morgen kämpfen, kommt es zu Streit, es gibt Probleme und es erleben Menschen Diskriminierung. Das liegt schlichtweg daran, dass wir in keiner perfekten Utopie leben. Und genau hier wollen wir ansetzen, denn wir sind dafür verantwortlich, dass alle eine gute Zeit haben und sich wohlfühlen.

Menschen, die Awarenessarbeit leisten, können mit einem Rückzugsraum, einem Tee und einem Gespräch eine gute erste Anlaufstelle bei akuten Problemen sein.

Damit Awareness-Personen sich befähigt fühlen, sinnvolle Awarenessarbeit zu leisten und dabei ihre eigenen Grenzen nicht überschreiten, ist für dieses Verbandsjahr ein Workshop geplant.

Denn als Verband sind wir in der Pflicht, auf der einen Seite eine gute Anlaufstelle für akute Probleme bereitzustellen, aber eben genauso die jeweiligen Grenzen der Menschen zu achten, die diese Anlaufstelle sind.

Dafür sind die folgenden Punkte in der Schulung zentral:

- Awareness-Personen sind keine ausgebildeten Seelsorger*innen oder

Psycholog*innen und sind deshalb vor triggernden und überfordernden Erfahrungen soweit es möglich ist zu schützen

- Für psychologische Probleme und Probleme, die über die Veranstaltung hinausgehen, sind Awareness-Personen nicht zuständig. Dafür gibt es professionelle Anlaufstellen, wie Notdienste, Psycholog*innen oder die Ombudspersonen der GRÜNEN NRW
- Awareness-Personen werden die Themenbereiche der Awarenessarbeit vermittelt, dazu gehören zum Beispiel Jugendschutz und verschiedene Formen der Diskriminierung
- Awareness-Personen werden darin ausgebildet, Grenzen zu ziehen und lernen, diese aktiv zu kommunizieren
- Für jede Person im Awareness-Pool sehen Grenzen anders aus und werden individuell ausgelotet. Das kann auch bedeuten, Themen auszuschließen.
- Die Einsatzzeiten werden vorher gemeinsam festgelegt. Dafür wird mit einem Schichtsystem gearbeitet, welches auf die individuellen Wünsche der Menschen eingeht und ihre zeitlichen Grenzen berücksichtigt. Denn Awareness-Personen sind ehrenamtlich für den Verband im Einsatz und sollen genau wie alle anderen auch an der Versammlung und am Rahmenprogramm teilnehmen können.
- Es ist völlig normal, dass Awareness-Personen nicht bei jeder Veranstaltung im Einsatz sind, wie oft jede*r als Awareness-Person eingesetzt werden möchte, wird individuell abgemacht. Denn auch an einer gesamten Versammlung ohne Awareness-Verantwortung teilnehmen zu können, ist wichtig.

Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein Ort, an dem wir gemeinsam Politik machen, linke Visionen Wirklichkeit werden und wir als junge Menschen eine gute Zeit miteinander haben. Dafür ist Awareness-Arbeit ein zentraler Baustein. Deswegen ist eine umfassende Schulung für alle Menschen im Awareness-Pool unerlässlich und bringt uns als gesamten Verband einen großen Mehrwert. Denn es liegt an uns, dass alle Menschen sich in der GRÜNEN JUGEND NRW wohlfühlen.

Begründung

erfolgt mündlich